

**Originalantwortschreiben zu den 6 Wahlprüfsteinen zum Thema ‚Deutsche Sprache‘
zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz:**

Alternative für Deutschland (AfD):

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ vom Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) formuliert von Dr. Hans-Dieter Bottke, Regionalleiter für die Region Mittleres Rheinland-Pfalz mit der Hauptstadt Mainz.

Die 6 Wahlprüfsteine richten sich an die aktuell im Landtag vertretenen Parteien in Fraktionsstärke. Die Beantwortung der folgenden Fragen soll den Wählern eine Entscheidungshilfe bei ihrer Wahlentscheidung sein.

1. *Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?*

„Deutsch vor Regelunterricht“ ist ein wichtiger bildungspolitischer Leitsatz der rheinland-pfälzischen AfD. Wir wollen, dass vor dem Eintritt in die Grundschule alle Kinder mit einem Migrationshintergrund, deren deutsche Sprachkenntnisse als unzureichend einzustufen sind, über vorbereitende Sprachkurse auf ein Niveau gebracht werden, mit dem sie dem Unterricht angemessen folgen können. Diese Grundqualifikation erst während der ersten Schulklassen quasi nebenher erwerben zu sollen, wie von der Politik bislang vorgesehen, halten wir weder im Hinblick auf die von den Deutschproblemen betroffenen Kinder für förderlich noch ist das ein sinnvoller Ansatz für die zwangsläufig mit betroffene übrige Klassengemeinschaft.

2. *Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?*

Der Grad der Beherrschung der deutschen Sprache ist bei vielen Auszubildenden zweifellos unbefriedigend. Dies gilt insbesondere für Auszubildende mit ausländischen Wurzeln, aber auch Jugendliche ohne Migrationshintergrund offenbaren zunehmend defizitäre Kenntnisse etwa der Rechtschreibung. Die AfD fordert daher grundlegende strukturelle Veränderungen in der Bildungslandschaft. Wir treten für eine neuerliche Dreigliedrigkeit ein: mit leistungsstarken Gymnasien, Realschulen, die diesen einst guten Namen wieder verdienen, sowie einer neuen Handels- und Gewerbeschule (HGS), deren Profil vor allem der überfälligen Stärkung der beruflichen Bildung zugute kommen soll – auch in sprachlicher Hinsicht.

3. *Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?*

Ja, wir setzen uns ganz klar für eine umfassende Förderung der deutschen Sprache ein – gerade auch zum Nutzen unserer Hochschulen. Im Programm der AfD für die Landtagswahlen im März 2021 heißt es: „Die AfD tritt den überall zu beobachtenden Bestrebungen entgegen, die deutsche Sprache in Behörden, universitären Studiengängen und in der Binnenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen Internationalisierung durch das Englische zu ersetzen.“

Deshalb werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode hartnäckig auf die zentrale Bedeutung eines selbstbewussten Umgangs mit der deutschen Muttersprache in allen gesellschaftlichen Bereichen hinweisen. Ohne einen allgemeinen, medial unterstützten

Bewusstseinswandel vermag die Politik aber eher wenig auszurichten, zumal beispielsweise die Hochschulautonomie zu beachten ist. Vor diesem Hintergrund hat die rheinland-pfälzische AfD ausdrücklich die Initiative unserer Bundespartei unterstützt, 2021 angesichts der vor 500 Jahren begonnenen Bibelübersetzung durch Luther zum „Jahr der deutschen Sprache“ zu erklären. Für Hinweise, etwa seitens des VDS, was darüber hinaus auch konkret getan werden könnte, sind wir dankbar.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Was die Genderideologie angeht, beziehen wir ebenfalls alternative Positionen und lehnen Gendersternchen, großgeschriebene Binnen-Is und die vom Duden erst kürzlich in einseitige Sprachpolitik umgesetzte Fehldeutung des generischen Maskulinums als vermeintliche Geschlechterdiskriminierung entschieden ab. Hier wird Sprache von oben nach unten ohne demokratische Legitimation und an der klaren Mehrheitsmeinung unserer Bevölkerung vorbei manipuliert. Als am 27. August 2020 im Landtag eine Mündliche Anfrage zum Thema „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ debattiert wurde und die Grünen-Ministerin Spiegel ein demonstratives Bekenntnis zum Gendersternchen auch in amtlichen Verlautbarungen ablegte, kritisierte der AfD-Kulturpolitiker Martin Louis Schmidt das mit den Worten: „Ministerin Spiegel setzt sich vorsätzlich über Verwaltungsvorschriften hinweg, ihr Ministerium glaubt offensichtlich, über dem Recht zu stehen. Die Missachtung rechtlich verbindlicher Vorschriften ist ein skandalöser Vorgang. Der als Begründung angeführte Verweis auf eine Weiterentwicklung von Sprache zieht in diesem Falle nicht, denn der Genderstern kommt in der Alltagssprache überhaupt nicht vor.“

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Die AfD hat diese Initiative auf allen Ebenen unterstützt, und die rheinland-pfälzische Landtagsfraktion hat sich sogar geschlossen an der Unterschriftensammlung zur Untermauerung dieser wichtigen Forderung beteiligt.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzip gewährleistet wird?

Wir sehen es nicht zuletzt aus demokratischen Gesichtspunkten als Selbstverständlichkeit an, dass das Deutsche als faktische Staatssprache auch bei Gerichtsverhandlungen alleinigen offiziellen Charakter besitzt. Ergänzend kann und muss notfalls mit Dolmetschern gearbeitet werden, um dieser Vorgabe entsprechen zu können.

--- Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Am Pfaffenberg 3, 55743 Idar-Oberstein, info@drbottke.de

Christlich Demokratische Union (CDU):

1. **Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:**

Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen Leben und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen bereits im Kindergartenalter den Sprachstand der Kinder erheben, damit im Bedarfsfall eine Förderung und Unterstützung vor Schuleintritt möglich ist. In den Grundschulen selbst braucht es wöchentlich eine Stunde mehr Deutsch.

2. **Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:**

Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 1. Nur wer Deutsch in Wort und Schrift ausreichend beherrscht, kann am gesellschaftlichen Leben teilhaben und auf Dauer beruflich erfolgreich sein. Ausreichende Deutschkenntnisse müssen frühzeitig und umfassend vermittelt werden.

3. **Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen:**

Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Deutsch ist die Sprache in Europa mit den meisten Muttersprachlern. Wir freuen uns darüber, dass viele Studierende aus ganz Europa nach Rheinland-Pfalz kommen, um an unseren Hochschulen zu studieren und dabei auch unsere Sprache zu lernen. Insbesondere die Goethe-Institute und Sprachkurse an den Hochschulen selbst stellen sicher, dass ausländische Studierende dem Unterricht in deutscher Sprache folgen können. Wissenschaft ist aber international ausgerichtet. Es macht daher keinen Sinn, in Disziplinen, in denen sich weltweit eine Verkehrssprache herausgebildet hat, auf einen Unterricht ausschließlich in deutscher Sprache zu bestehen. Wir müssen auch differenzieren zwischen Naturwissenschaften, in denen ein Großteil inhaltlicher Kommunikation über ein international anerkanntes Formelsystem läuft, und Geisteswissenschaften, bei denen die Kenntnis der jeweiligen Sprache der Verfasser von Vorteil ist, da sonst bspw. Philosophische Konzepte teils nur unzureichend in eine andere Sprache übertragen werden können. Wir würden es grundsätzlich begrüßen, wenn deutschsprachige Lehrende und Forschende auch in deutscher Sprache

publizieren. Dazu sind entsprechend verbreitete und renommierte Publikationsorgane notwendig, die eine Alternative zu den vorherrschenden, englischsprachigen Wissenschaftsverlagen bieten.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache:

Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selbst konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Die deutsche Sprache ist glücklicherweise eine lebendige Sprache, und als solche durch den alltäglichen Gebrauch von Millionen Sprechern einer beständigen Weiterentwicklung und Veränderung unterworfen. Wenn Erkenntnisse zu Tage treten, dass ein bestimmter Sprachgebrauch zu einer tatsächlichen Diskriminierung führt, müssen wir reagieren, aber grundsätzlich kennt die deutsche Sprache das generische Maskulinum als geschlechtsneutrale Ausdrucksform.

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz:

Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Es ist erklärtes Ziel der CDU Deutschlands, Deutsch als Sprache der Bundesrepublik Deutschlands ins Grundgesetz aufzunehmen. Dies wurde durch die Bundesparteitage der CDU 2008 und 2016 beschlossen und bekräftigt.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache:

Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?

§184 des Gerichtsverfassungsgesetzes legt eindeutig fest: Die Gerichtssprache ist deutsch. Ausnahmen gibt es nur im Bereich der sorbischen Minderheit, und diese Ausnahme ist gesetzlich normiert, begründet und zudem in Rheinland-Pfalz nicht von Bedeutung. Nachvollziehbarkeit und Öffentlichkeit sind bei der Beteiligung von Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, durch die Bestellung von Dolmetschern sichergestellt.

Freie Demokratische Partei (FDP):

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Es ist von zentraler Bedeutung, dass Kinder frühzeitig den Umgang mit Sprache erlernen. Denn: Sprache lernt man am besten durch Sprechen. Daher fördern wir frühkindliche Sprachförderung in den Kindertagesstätten. Diese Fördermaßnahmen wollen wir laufend evaluieren und bedarfsgerecht anpassen.

2. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Was für die Kindertagesstätten gilt, gilt für die Schulen in einem besonderen Maße. In den vergangenen Jahren haben wir die Sprachförderung an den Schulen massiv ausgebaut. Dies wollen wir auch in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Gute Sprachkenntnisse sind der Grundstein gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg.

3. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode Unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Deutschland ist ein hochattraktiver Forschungsstandort. Ganz unabhängig vom Studienfach kommen viele jungen Menschen nach Rheinland-Pfalz, um an einer hiesigen Hochschule zu lernen. Auch viele hervorragend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an rheinland-pfälzischen Hochschulen sowie Universitäten forschen, kommen aus dem Ausland.

Für uns Freie Demokraten zählt die Qualität der Wissenschaft, der Lehre und der Forschung und nicht die Sprache, die dabei gesprochen wird.

Daher halten wir eine einseitige Hinwendung zur deutschen Sprachen an Hochschulen und Universitäten für unzweckmäßig.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Wir Freie Demokraten nutzen in unserer politischen Arbeit und Kommunikation geschlechtergerechte Sprache. Gleichzeitig schreiben wir keinem Menschen vor, wie er privat zu sprechen hat.

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Verschiedene (Verwaltungs-) Gesetzgebungen normieren Deutsch als Amtssprache. Dies halten wir für ausreichend. Für die Aufnahme der Sprache Deutsch in das Grundgesetz sehen wir keine Veranlassung und auch keine sachliche Notwendigkeit, die dies erforderlich machen würde.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?

Die Gerichtssprache ist Deutsch. Das gilt auch und insbesondere für die mündliche Verhandlung. Diese wird in deutscher Sprache geführt. Dies dient der Wahrung des Grundsatzes der Öffentlichkeit. Verständigungsschwierigkeiten wird durch die Zuziehung eines Dolmetschers begegnet. Das ist nicht nur wichtig, sondern auch notwendig und Ausdruck des grundrechtlich verbürgten Anspruchs auf ein faires Verfahren.

Bündnis 90 / Die Grünen

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Gute Übergänge sind entscheidend für die Bildungschancen jedes Kindes. Dies gilt insbesondere für den Übergang zwischen Kita und Grundschule. Die Intensivierung der Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und Grundschulen, wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch wir wollen auch künftig den Übergang von der Kita in die Grundschule noch besser gestalten. So soll etwa bei der Schuleingangsuntersuchung ein größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes gelegt werden, um hier gegebenenfalls noch besser nachsteuern zu können. Zudem streben wir jahrgangsübergreifende Lerngruppen an Grundschulen an, um noch besser auf die individuellen Phasen in der Entwicklung der Kinder eingehen zu können. All diese Maßnahmen dienen einem guten Schulstart für alle Kinder.

2. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Wir wollen faire Bildungschancen, die niemanden zurücklassen. Grüne Bildungspolitik steht für Verlässlichkeit, Vielfalt, Offenheit und Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen das lernen können, was sie zur Teilhabe auch in einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt befähigt und ihnen ein erfülltes Leben ermöglicht. Dementsprechend setzen wir GRÜNE auf individuelle und zielgerichtete Förderung.

Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems wollen wir vor allem dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. So brauchen beispielsweise inklusive Schulen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Entsprechende Schulen sollen mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern, Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

Auch die Sprach- und Förderprogramme wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden.

3. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Laut Angaben des MWWK aus dem Jahr 2019 wurden an den rheinland-pfälzischen Hochschulen knapp 70 Studiengänge in englischer Unterrichtssprache angeboten. Dies

entspricht einem Anteil von 5,9 % aller Studienangebote, wobei 16 Programme von Hochschulen für angewandte Wissenschaft angeboten wurden. Die überwiegende Mehrheit der Studiengänge, insbesondere in den Kultur- und Geisteswissenschaften sowie in Medizin, wurden demnach in deutscher Sprache angeboten.

Die Einrichtung von internationalen Studienangeboten und die Verwendung von Englisch als Unterrichtssprache sind bewusste Entscheidungen im Rahmen der jeweiligen Internationalisierungsbemühungen der Hochschulen. Wir unterstützen diese Bemühungen ausdrücklich, da so die zunehmende Heterogenität der Studierenden berücksichtigt, die Weltoffenheit der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden gefördert, Sprachbarrieren abgebaut und die Gewinnung von klugen Köpfen aus aller Welt für unsere Hochschulen und Unternehmen gefördert wird.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Wir GRÜNE stehen für Gleichbehandlung, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung. Damit sich alle Menschen ihrer Identität gemäß angesprochen fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite sprachlich ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent geschlechtergerechte Sprache in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als Teil unserer Antidiskriminierungsstrategie umsetzen. Außerdem möchten wir erreichen, dass geschlechtergerechte Sprache als Thema in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fest verankert wird. In der Schriftsprache formulieren wir GRÜNE bereits konsequent geschlechtergerecht. Die konsequente Umsetzung in der gesprochenen Sprache unterstützen wir ebenfalls.

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Wir streben Grundgesetzänderungen in mehreren Bereichen an. Zum Beispiel im Bereich der Kinderrechte oder des Diskriminierungsverbots. Allerdings streben wir keine Grundgesetzänderung im Zusammenhang mit Deutsch als Sprache der Bundesrepublik an.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?

Deutsch ist bereits die gängige Gerichtssprache. An der Stelle sehen wir also keinen gesonderten Regelungsbedarf.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 vom Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS)

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Für den Bildungserfolg ist entscheidend, dass alle Kinder möglichst früh die deutsche Sprache beherrschen. In Rheinland-Pfalz beginnt die Sprachförderung daher schon in der Kita mit gezielter alltagsintegrierter Sprachförderung. Mit dem neuen Kitagesetz wird die Sprachförderung nochmal deutlich ausgebaut. Sprachförderung zieht sich durch den gesamten Bildungsweg. Dabei gehen wir seit vielen Jahren erfolgreich den Weg der individuellen Förderung. Wir setzen in Grund- und weiterführenden Schulen auf passgenaue Sprachförderkonzepte, so erhalten alle Schülerinnen und Schüler genau die Förderung, die sie brauchen. Das abgestufte System der individuellen Förderung mit Deutsch-Intensivkursen mit bis zu 20 Wochenstunden, Feriensprachkursen, dem Herkunftssprachenunterricht und der qualifizierten Hausaufgabenbetreuung hat sich in Rheinland-Pfalz bewährt.

Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Gute Deutschkenntnisse sind essenziell für den weiteren Lebensweg unsere Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Deshalb setzen wir wie bereits erwähnt auf eine passgenaue Sprachförderung für alle Schülerinnen und Schüler, damit sie sicher Deutsch sprechen, lesen und schreiben können. Schulen sollen auch weiterhin Ressourcen erhalten, wenn ein Sprachförderbedarf festgestellt wird. Jedes Kind soll weiterhin die individuelle Sprachförderung erhalten, die es benötigt, um einen erfolgreichen weiteren Bildungsweg gehen zu können.

Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode Unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Die deutsche Sprache ist an den rheinland-pfälzischen Hochschulen die vorrangig gültige Sprache. In einigen, vor allem auf Internationalisierung ausgelegten Studiengängen wie beispielsweise in der Informatik, wird darüber hinaus mit vielen meist englischen Fachausdrücken gearbeitet. Dies ist vom Inhalt des jeweiligen Studiengangs abhängig. Die Hochschulautonomie würde theoretisch auch die jeweils unterrichtete Sprache umfassen. Dennoch gehen wir davon aus, dass die deutsche Sprache die Vorherrschende bleiben wird. Eine konkrete Förderung ist hier nicht vorgesehen.

Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. Gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und

Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachreform eintreten sollte, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Sprache im Allgemeinen und somit auch die deutsche Sprache unterliegt einem stetigen Wandel und einer Weiterentwicklung. Viele Worte verschwinden im Laufe der Zeit, andere kommen hinzu. Sprache schafft Bewusstsein, daher ist die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter für eine erfolgreiche Gleichstellung unerlässlich. Eine geschlechtergerechte Sprache ist weder umständlich noch unnötig lang. Es bedarf der Bereitschaft, sich von einigen bestehenden Formulierungsgewohnheiten zu verabschieden und dabei bewusst und kreativ mit der Sprache umzugehen. Wir stehen hinter der Idee der geschlechtergerechten Sprache. In unserer politischen Kommunikation prüfen wir die Aussagen grundsätzlich darauf, alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen. Damit wollen wir nicht nur Frauen in der Sprache sichtbar machen, sondern alle Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtersystem einordnen können oder wollen.

Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Eine solche Änderung des Grundgesetzes betrachten wir als überflüssig.

Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzip gewährleistet wird?

Gemäß § 184 GVG ist die Gerichtssprache Deutsch. Für uns steht aber selbstverständlich fest, dass Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher oder eine Dolmetscherin zur Verfügung gestellt wird (vgl. § 185 GVG), damit in einem solchen Fall das ebenso wichtige wie urdemokratische Prinzip des fairen Verfahrens gewährleistet wird.